
S 8 R 195/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Hessen
Sozialgericht	Sozialgericht Wiesbaden
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 8 R 195/17
Datum	27.11.2020

2. Instanz

Aktenzeichen	L 8 BA 18/21
Datum	28.07.2022

3. Instanz

Datum	-
-------	---

1.Â Â Â Der Bescheid der Beklagten vom 21.02.2017 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12.06.2017 wird aufgehoben.Â

2.Â Â Â Es wird festgestellt, dass der KlÃ¤ger bei der Beigeladenen zu 1. nicht abhÃ¤ngig beschÃ¤ftigt ist und keine Versicherungspflicht in der Renten- und Arbeitslosenversicherung besteht.

3.Â Â Â Die Beklagte hat dem KlÃ¤ger seine auÃgerichtlichen Kosten zu erstatten.Â

Tatbestand

Die Beteiligten streiten um die sozialversicherungsrechtliche Einordnung einer TÃ¤tigkeit des KlÃ¤gers als Arzt bei der Beigeladenen zu 1. im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Beigeladenen zu 1. und einer Gemeinschaftspraxis, an der der KlÃ¤ger beteiligt ist.Â

Der KlÃ¤ger ist Arzt. Er ist einer von vier Gesellschaftern einer nephrologischen Gemeinschaftspraxis, die in Form der Gesellschaft bÃ¼rgerlichen Rechts besteht

(Gesellschaftsvertrag Bl. 74 d. A.). Die Gemeinschaftspraxis besteht schon seit langer Zeit; es wird bei jedem Ein- oder Austritt eines Gesellschafters ein neuer Gesellschaftsvertrag geschlossen.â

Die Beigeladene zu 1. ist ein Krankenhaus mit Versorgungsauftrag im Bereich innere Medizin; hierzu zÃhlt auch die Nephrologie. Die Beigeladene zu 1. verfÃgt selbst nicht Ãber angestellte Ãrzte auf dem Fachgebiet der Nephrologie.â

Zwischen der Gemeinschaftspraxis und der Beigeladenen zu 1. besteht ein Kooperationsvertrag (Bl. 52 ff. d. A.). Dort ist im Wesentlichen geregelt, dass die Ãrzte der Gemeinschaftspraxis auf Anforderung Leistungen auf dem Gebiet der Nephrologie im Krankenhaus der Beigeladenen zu 1. erbringen. HierfÃr haben sie Zugriff auf Personal und medizinische Infrastruktur und Apparate der Beigeladenen zu 1. FÃr die Leistungen erhÃlt die Gemeinschaftspraxis eine VergÃtung. Die Beigeladene zu 1. hat kein vertraglich eingerÃumtes Recht, den Einsatz bestimmter Ãrzte zu verlangen. Die Disposition Ãber die von ihr eingesetzten Ãrzte verbleibt bei der Gemeinschaftspraxis (Â§ 2 Abs. 5 des Vertrages). Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Kooperationsvertrag verwiesen.â

Die Erbringung von Leistungen fÃr die Beigeladene zu 1. macht etwa ein Drittel der TÃtigkeit der Gemeinschaftspraxis aus. Daneben versorgt die Praxis eigene Patienten in ihren eigenen RÃumlichkeiten sowie erbringt Leistungen fÃr weitere Institutionen. Die Einnahmen aus der Leistungserbringung fÃr die Beigeladene zu 1. werden zwischen dem KlÃger und den weiteren Gesellschaftern der Gemeinschaftspraxis nicht gesondert abgerechnet, sondern flieÃen der Gemeinschaftspraxis zu und werden sodann im Rahmen der Gewinnverteilung insgesamt unter den Gesellschaftern aufgeteilt. Die Gesellschafter haben intern vereinbart, dass jeder in etwa gleich viel im Rahmen des Kooperationsvertrages bei der Beigeladene zu 1. tÃtig wird.

Der KlÃger wurde auf Grundlage des Kooperationsvertrages bei der Beigeladenen zu 1. tÃtig.â

Auf entsprechenden Statusfeststellungsantrag nach Â§ 7a Sozialgesetzbuch â Viertes Buch â (SGB IV) hin stellte die Beklagte mit Bescheid vom 21.02.2017 (Bl. 5 d. A.) fest, dass der KlÃger seine TÃtigkeit bei der Beigeladenen zu 1. als abhÃngige BeschÃftigung ausÃbe und der Versicherungspflicht in allen versicherungszweigen unterliege. Ein hiergegen aus den GrÃnden des Klageantrags gerichteter Widerspruch des KlÃgers wurde zurÃckgewiesen (Widerspruchsbescheid vom 12.06.2017, Bl. 13 d. A.).â

Hiergegen richtet sich die vorliegende Klage, zu deren BegrÃndung der KlÃger vortrÃgt, dass er als Arzt in der Erbringung seiner TÃtigkeit frei sei und keinen Weisungen unterliege. Selbst wenn man dies anders sehen wollte, kÃnnte er solche Weisungen nicht von der Beigeladenen zu 1. erhalten, da er mit dieser nicht in einer vertraglichen Beziehung stehe. ArbeitnehmerÃberlassung liege ebenfalls nicht vor, da der KlÃger kein Arbeitnehmer der Gemeinschaftspraxis sei. Der Kooperationsvertrag zwischen Gemeinschaftspraxis und Beigeladener zu 1.

widerspreche auch nicht geltendem Recht.

Der Klager beantragt,

wie erkannt.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Sie verteidigt die von ihr getroffenen Entscheidungen. Nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts stehe fest, dass im Krankenhaus tätige rzte abhängig beschäftigt seien. Der Klager werde in die Strukturen der Beigeladenen zu 1. eingegliedert tatig und trage keinerlei unternehmerisches Risiko. Es sei im übrigen zweifelhaft, ob der Kooperationsvertrag zwischen Gemeinschaftspraxis und Beigeladener zu 1. zulässig sei, da Krankenhäuser gesetzlich verpflichtet seien, ihren Versorgungsauftrag durch eigenes Personal zu erfüllen.

Mit Bescheid vom 28.05.2018 (Bl. 177 d. A.) stellte die Beklagte fest, dass die Versicherungspflicht des Klagers erst am 24.02.2017 beginnt. Mit Schriftsatz vom 13.08.2018 (Bl. 190 d. A.) erkannte die Beklagte an, dass bei dem Klager keine Versicherungspflicht in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung vorliegt. Der Klager nahm dieses Teilanerkenntnis an.

Wegen des weiteren Sach- und Streitstandes wird verwiesen auf den Inhalt von Gerichts- und Verwaltungsakte sowie insbesondere das Protokoll über die mündliche Verhandlung.

Entscheidungsgründe

Die zulässige Klage ist begründet. Die angegriffenen Bescheide der Beklagten sind rechtswidrig und verletzen den Klager in seinen Rechten.

Rechtsgrundlage der Bescheide der Beklagten ist [ 7a SGB IV](#). Danach können die Beteiligten schriftlich eine Entscheidung beantragen, ob eine Beschaftigung vorliegt. Auf den Antrag entscheidet die Deutsche Rentenversicherung Bund auf Grund einer Gesamtwürdigung aller Umstände des Einzelfalles, ob eine Beschaftigung vorliegt.

Vorliegend hat die Beklagte zu Unrecht entschieden, dass die Ttigkeit des Klagers bei der Beigeladenen zu 1. eine abhangige (sozialversicherungspflichtige) Beschaftigung ist.

Beschaftigung besteht im Falle nichtselbständiger Arbeit, insbesondere in einem Arbeitsverhältnis. Anhaltspunkte für eine Beschaftigung sind eine Ttigkeit nach Weisungen und eine Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Weisungsgebers, [ 7 SGB IV](#).

Ausgehend von der ständigen Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG) setzt das Vorliegen einer Beschäftigung die persönliche Abhängigkeit des Auftragnehmers vom Auftraggeber voraus. Bei einer Beschäftigung in einem fremden Betrieb ist dies der Fall, wenn der Beschäftigte in den Betrieb eingegliedert ist und dabei einem Zeit, Dauer, Ort und Art der Ausführung umfassenden Weisungsrecht des Arbeitgebers unterliegt. Diese Weisungsgebundenheit kann eingeschränkt und zur â€œfunktionsgerecht dienenden Teilhabe am Arbeitsprozessâ€œ verfeinert sein. Demgegenüber ist eine selbstständige Tätigkeit vornehmlich durch das eigene Unternehmerrisiko, das Vorhandensein einer eigenen Betriebsstätte, die Verfügungsmöglichkeit über die eigene Arbeitskraft und die im Wesentlichen frei gestaltete Tätigkeit und Arbeitszeit gekennzeichnet. Ob jemand abhängig beschäftigt oder selbstständig tätig ist, richtet sich ausgehend von den genannten Umständen nach dem Gesamtbild der Tätigkeit und hängt davon ab, welche Merkmale überwiegen (vgl. statt vieler nur BSG v. 11.11.2015, [B 12 KR 10/14 R](#)). Zur Abgrenzung sind dabei regelmäßig die von den Beteiligten getroffenen Vereinbarungen heranzuziehen (BSG v. 29.06.2016, [B 12 R 5/14 R](#)).

Die Kammer hat vorliegend keinen Zweifel daran, dass bei isolierter Betrachtung der Tätigkeit des Klägers als solche diese der Tätigkeit eines Arztes im Krankenhaus entspricht. Nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG v. 04.06.2019, [B 12 R 11/18 R](#)) bringt eine derartige Beschäftigung regelmäßig die Eingliederung in die Strukturen des Krankenhauses mit sich und ist daher eine abhängige sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

Der vorliegende Fall weicht aber wesentlich von der durch das BSG entschiedenen Konstellation ab. Der Feststellung einer abhängigen Beschäftigung des Klägers bei der Beigeladenen zu 1. steht insbesondere entgegen, dass der Kläger seine Tätigkeit nicht für die Beigeladene zu 1., sondern für die Gemeinschaftspraxis ausgeführt hat. Vertragliche Beziehungen bestanden ausschließlich zwischen der Beigeladenen zu 1. und der Gemeinschaftspraxis, sowie zwischen dem Kläger und der Gemeinschaftspraxis. Kläger und Beigeladene zu 1. hingegen unterhielten keinerlei Vertragsbeziehungen. Bereits dies macht es der Beigeladenen zu 1. unmöglich, über die Arbeitskraft des Klägers zu verfügen, wie dies für eine abhängige Beschäftigung typisch ist. Die Beigeladene zu 1. hat vielmehr Leistungen nur bei der Gemeinschaftspraxis abgerufen. Wer diese dann konkret erbracht hat war allein eine interne Angelegenheit der Gemeinschaftspraxis. Für die Kammer sind keine Anhaltspunkte ersichtlich, dass die Beigeladene zu 1. hierauf hätte Einfluss nehmen können.

Über eine dennoch bestehende abhängige Beschäftigung des Klägers bei der Beigeladenen ließe sich allenfalls Nachdenken, wenn der Kläger Arbeitnehmer der Gemeinschaftspraxis wäre; hier käme eine Arbeitnehmerüberlassung in Betracht. Dies ist aber nicht der Fall, denn der Kläger ist Gesellschafter der Gemeinschaftspraxis. Für die Gemeinschaftspraxis besteht insoweit ebenfalls keine Möglichkeit, über die Arbeitskraft des Klägers zu verfügen oder ihm Weisungen zu erteilen bzw. diese Befugnisse an die Beigeladene zu 1. zu übertragen.

Die Kammer hat vorliegend auch keine Anhaltspunkte dafür, anzunehmen, dass die Gemeinschaftspraxis nur zum Schein besteht um eine abhängige Beschäftigung des Klägers bei der Beigeladenen zu 1. zu verdecken. Dies könnte etwa der Fall sein, wenn die Gemeinschaftspraxis als reine Abrechnungsstelle zwischen Kläger und Beigeladener zu 1. fungiert oder der Zweck der Gemeinschaftspraxis ausschließlich in der Erbringung von Leistungen an die Beigeladene zu 1. besteht. Derartiges ist aber nicht ersichtlich. Die Gemeinschaftspraxis besteht tatsächlich und erbringt in erheblichem Umfang Leistungen an andere als die Beigeladene zu 1. Auch werden die Einnahmen der Gemeinschaftspraxis aus der Leistungserbringung für die Beigeladene zu 1. gleichmäßig unter den Gesellschaftern aufgeteilt und nicht etwa nach konkretem Tätigkeitsanteil der Gesellschafter. Damit hat der Kläger von der Beigeladenen zu 1. auch nicht mittelbar ein Entgelt für seine Tätigkeit erhalten.

Im Übrigen kommt es auch nicht darauf an, ob der Kooperationsvertrag zwischen der Gemeinschaftspraxis und der Beigeladenen zu 1. gesetzlichen Vorschriften des Sozialgesetzbuchs – Fünftes Buch – (SGB V) widerspricht. Selbst wenn dem so sein sollte, bleibt der Vertrag für die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung der klägerischen Tätigkeit maßgeblich, da insoweit auf die tatsächlich bestehenden Gegebenheiten abzustellen ist.

Die Kostenentscheidung folgt aus [§ 193 SGG](#) und entspricht dem Ausgang des Verfahrens.

Erstellt am: 24.10.2022

Zuletzt verändert am: 23.12.2024